

Kahlschlag bei geförderten Jobs

Wohlfahrtsverbände beklagen Abbau bei Beschäftigung für Langzeitarbeitslose

Von Pitt von Bebenburg

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege schlägt Alarm. Menschen, die schwer auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar sind, erhielten immer seltener sinnstiftende Arbeitsangebote mit Hilfe öffentlicher Finanzierung, klagten die Sozialverbände am Donnerstag in Wiesbaden.

Auch die Träger solcher Angebote für Langzeitarbeitslose seien in Gefahr. „Etwa ein Viertel unserer Unternehmen steht vor der Frage, ob sie ihre Betriebe abwickeln müssen“, sagte der Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit, Conrad Skeutsch. „Alle 48 Betriebe haben Personal abbauen müssen.“ Skeutsch leitet zugleich die Werkstatt Frankfurt, die Langzeitarbeitslose unterstützt.

„Wir brauchen diesen geschützten Sektor weiterhin“, betonte der Vorstandsvorsitzende der Liga in Hessen, Jürgen Richter. Er sei wichtig „für den sozialen Frieden, aber auch für den menschlichen Umgang“.

Zehntausende von Frauen und Männern sind länger als ein Jahr ohne Arbeit und häufig ohne Perspektive, weil sie wegen Krankheit, Sucht, psychischer Probleme oder mangelnder Qualifikation keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen. Die Träger helfen ihnen mit Ein-Euro-Jobs und anderen Formen von Beschäftigung, die staatlich gefördert werden. Der Aufschwung am Arbeitsmarkt gehe an dieser Gruppe vorbei, sagte Jürgen Richter.

„Wir sind am Tiefpunkt der öffentlich geförderten Beschäftigung angekommen“, berichtete Annette Wippermann, Arbeitsmarktreferentin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

Seit 2010 hat sich die Zahl der Teilnehmer an den Angeboten laut Wippermann halbiert. Bedrohlich sei, dass von 2014 an weniger Geld aus dem Europäischen Sozialfonds kommen werde, aus dem Programme in Hessen mitfinanziert würden.



Langzeitarbeitslose haben es doppelt schwer bei der Vermittlung.

CLAUDIA HECHTENBERG/CARO

LANGZEITARBEITSLÖSE

Rund 130 000 Menschen in Hessen sind seit mehr als einem Jahr arbeitslos, oft auch wesentlich länger. Viele von ihnen finden auch bei Vollbeschäftigung keinen Job, weil sie zu lange nicht mehr gearbeitet haben, gering qualifiziert, chronisch oder psychisch krank sind. Für sie gibt es zu wenige öffentlich geförderte Jobs.

Die Linken-Abgeordnete Marjana Schott urteilte, mit der Milliarden-Kürzung von Mitteln für die öffentlich geförderte Beschäftigung sei „die Schraube der Men-

Nur 63 440 Langzeitarbeitslose weist die offizielle Statistik aus. Dabei werden aber Menschen, die gerade in geförderten Jobs arbeiten, nicht mitgezählt. Auch Arbeitslose über 58 Jahre fallen aus der Statistik heraus, falls sie 12 Monate lang kein Angebot erhalten haben oder eine Sonderregelung bis zur Rente nutzen. pit

schenverachtung weitergedreht“ worden. Auch Grünen-Sozialpolitiker Marcus Bocklet sprach sich für den sozialen Arbeitsmarkt aus. „Es ist klüger, die eingesetz-

ten öffentlichen Mittel für Beschäftigung auszugeben statt Perspektivlosigkeit zu bezahlen“, sagte er.

CDU-Sozialpolitiker Ralf-Norbert Bartelt warnte vor „staatlichem Dirigismus“ und „künstlicher Beschäftigung beim Staat“. Ein aufgeblähter staatlicher Arbeitsmarkt sei nicht finanzierbar. „Wir setzen daher auf Qualifizierung und Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt statt öffentliche Beschäftigung für Langzeitarbeitslose“, sagte Bartelt. Die Liga schätzt, rund drei Viertel der Betroffenen seien nicht mehr in reguläre Arbeit vermittelbar.

Umleitung für S-Bahn

S 4 und 5 fahren anders

Verkehrseinschränkungen zwischen Frankfurt West und Galluswarte kündigt die Deutsche Bahn (DB) an. Grund dafür sind Brückenbauarbeiten. Betroffen sind die S-Bahn-Linien 4 und 5. Am Sonntag, 18. August, kommt es von 16 bis 23 Uhr zu Verspätungen und Zugumleitungen, zudem von Montag, 19., bis Samstag, 24. August, jeweils zwischen 20.30 und 23 Uhr.

Die S5 wird zwischen Rödelheim und Frankfurt Süd umgeleitet. Es entfallen die Haltestellen West, Messe und Galluswarte. Es kann laut DB zu Verspätungen von bis zu zehn Minuten kommen. Züge der S4 entfallen zwischen Rödelheim und Frankfurt Süd. Es bestehen Alternativverbindungen mit den Bahnen der Linien S3 und S5. Die Züge der S3 verkehren fahrplanmäßig, die S5 hält nicht in Frankfurt West, Messe und Galluswarte.

Die Änderungen sind in einer Broschüre zusammengefasst, die in den Bahnhöfen und Reisezentren entlang der betroffenen S-Bahnlinien erhältlich ist. Infos gibt es auch unter der kostenpflichtigen Rufnummer 01806/99 66 33 oder im Internet unter www.bahn.de/bau.jur

Flugzeug verliert Tür

Unversehrte Landung

Während eines Fluges von Hessen zur Nordseeinsel Baltrum hat eine zweimotorige Maschine eine Tür verloren. Sie habe sich am Mittwoch nördlich von Osnabrück aus dem fast neuwertigen Flugzeug gelöst, teilte die Polizei am Donnerstag mit. Durch den Sog wurde außerdem ein Koffer herausgeschleudert.

Dem Piloten sei es gelungen, die Maschine unversehrt zu landen. Verletzt wurde niemand. Nur der Koffer wird vermisst. dpa

Mehrere EBS-Verträge aus Rentschs Kanzlei

Wiesbaden musste angeblich für Ausarbeitung von Zuschussvertrag nicht bezahlen

Von Ute Fiedler und Pitt von Bebenburg

Das Anwaltsbüro Buschlinger, Claus und Partner, für das der heutige Wirtschaftsminister Florian Rentsch (FDP) tätig war, hat anscheinend mehrere Verträge ausgearbeitet, die im Zusammenhang mit der European Business School (EBS) standen. Rentsch gilt als einer der wichtigsten politischen Förderer eines Ausbaus der EBS zur Universität. Die Opposition will den FDP-Politiker wegen der Auftragsvergabe an die Kanzlei, für die er seinerzeit tätig war, bald im EBS-Untersuchungsausschuss hören.

Am Wochenende hatte die Frankfurter Rundschau berichtet, dass die Kanzlei im Jahr 2009 den Zuschussvertrag mit dem Land Hessen erarbeitet hatte, in dem es um zehn Millionen Euro Zuschuss für neue Gebäude der EBS ging. Rentsch hatte betont, dass er den Auftrag weder bearbeitet noch vermittelt habe.

Nach Angaben der Stadt Wiesbaden vom Donnerstag hat die Kanzlei kein Honorar für die Erstellung dieses Zuschussvertrags erhalten. Auf Nachfrage der Frankfurter Rundschau hieß es, da die Kanzlei zu diesem Zeitpunkt sowieso einen anderen Auftrag der Landeshauptstadt

Wiesbaden bearbeitet habe, sei der zeitliche Aufwand unerheblich gewesen.

Nach Recherchen der Frankfurter Rundschau hatte das Büro zur selben Zeit den Kaufvertrag für das so genannte Köllmann-Haus an der Mainzer Straße in Wiesbaden ausgearbeitet. Auch dieser Vertrag stand indirekt im Zusammenhang mit der EBS. Die städtische Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding (WVV) hatte das Köllmann-Haus 2009 vom früheren Projektentwickler Köllmann gekauft, saniert und im Juni 2010 an die EBS vermietet. Der Einzug der EBS in das Köllmann-Haus war

damals als Zwischenlösung gedacht. Ende 2013, hieß es damals, sollten die Jurastudenten samt Verwaltung in das sanierte alte Landgericht in der Gerichtsstraße und den Neubau an der Moritzstraße umziehen. Doch daraus wird vorerst nichts.

Das gleiche Schriftbild

Wie die FR erfuhr, könnte auch ein dritter Vertrag mit EBS-Bezug von der gleichen Kanzlei erarbeitet worden sein. Der Kooperationsvertrag, in dem die Stadt unter anderem Praktikumsplätze und Dozenten für die EBS zusagt, war im Februar 2008 geschlossen

worden. Er hat das gleiche Schriftbild wie der Zuschussvertrag.

Die Grünen im Landtag forderten die Verantwortlichen der Stadt Wiesbaden auf, die weiteren vertraglichen Verflechtungen mit der ehemaligen Anwaltskanzlei von Minister Rentsch (FDP) offen zu legen. „Die Aussage, dass ein millionenschwerer Vertrag mal eben so nebenher ohne Rechnung erstellt wird, erscheint uns zweifelhaft“, sagte der Grünen-Obmann im Untersuchungsausschuss, Daniel May. Er bezweifelte, dass Rentsch mit den Tätigkeiten nichts zu tun gehabt habe.